



An den Rat der Stadt Rheinbach
Herrn Bürgermeister Stefan Raetz
- Rathaus -

per E-Mail

Rheinbach, den 14. Juli 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt folgenden Antrag für die Sitzung des Haupt-und
Finanzausschusses am 29. August 2016:

**"Die Verwaltung wird beauftragt, der Rahmenvereinbarung zur Übernahme der
Gesundheitsversorgung für nicht Versicherungspflichtige gegen
Kostenerstattung nach § 264 Abs. 1 SGB V i.V.m. §§ 1, 1a
Asylbewerberleistungsgesetz in NRW zwischen dem Land NRW und den
Krankenkassen beizutreten, um die Einführung der elektronischen
Gesundheitskarte (eGK) für Flüchtlinge zu ermöglichen."**

Begründung:

Am 28. August 2015 hat das Gesundheitsministerium eine Rahmenvereinbarung zur
Einführung einer Gesundheitskarte für Flüchtlinge mit den Krankenkassen
unterschrieben. Damit ist NRW das erste Flächenland, in dem Flüchtlinge wieder ein
Stück ihrer Selbstbestimmung zurückerhalten und selbstständig Ärzte und
Krankenhäuser aufsuchen können.

Bisher erschwerte die öffentlich-rechtliche Vereinbarung zwischen dem Rhein-Sieg-
Kreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden über die Erfüllung von
Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz die Einführung der elektronischen
Gesundheitskarte, da nach der alten Vereinbarung die Einführung der Karte ein
Ausscheiden aus dem gemeinsamen Abrechnungssystem des Kreises bedeutet
hätte. Aus diesem Grund wurde der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf
Einführung der elektronischen Gesundheitskarte bis zur Klärung auf Kreisebene
vertagt.

Nun hat die Kreisverwaltung die öffentlich-rechtliche Vereinbarung dahingehend angepasst, dass die Kommune in der Lage ist, frei zu entscheiden, ob sie die eGK einführt oder nicht.

Wir begrüßen die Rahmenvereinbarung und die neue Regelung zwischen Kreis und Kommunen. Wir sind der Überzeugung, dass dies nicht nur die Lebensqualität der Flüchtlinge erheblich verbessert, sondern auch Ressourcen bei der Verwaltung einsparen kann, da sie sich nicht mehr mit der Ausstellung von Krankenscheinen beschäftigen muss und somit mehr Kapazitäten für andere Aufgaben hat. Des Weiteren werden auch die ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer entlastet, die die Flüchtlinge bei ihren Amtsgängen und zum Arzt begleiten.

Mit freundlichen Grüßen



Martina Koch
Fraktionsvorsitzende



Folke große Deters
Ratsherr
Vorsitzender des Ausschusses für
Generationen, Integration und Soziales